

**Nummer 112 — 23. Jahrgang**  
Zwei wöchentl. Ausgaben: für Mai 2 N. Nr. ausf. 1. Beilage. Berechnung der Anzeigen nach Rent.-M. Nr. Preise: Die eingetragene Beilage 20 S., f. Familien- u. Vereinsanz., Besuche 15 S. Die Beilage-Kategorie 20 mm breit, 1 A. Offertingebühren für Selbsthändler 15 S., bei Uebertragung d. d. Post außerdem Porto- u. Nachschick. Preis f. d. Einzelnummer 10 Renten-Dennig. Geschäftsstelle: Josef Rothmann, Dresden.

**Mittwoch, den 14. Mai 1924**  
Im Falle höherer Gewalt erlischt jede Verpflichtung auf Lieferung sowie Erfüllung v. Anz.-Aufträgen u. Leistung v. Schabenerlag. Für unbenutzte u. d. Fernspr. übermittelte Anzeigen übernehmen wir keine Verantwortung. Unverlangt eingesandte u. mit Rückporto nicht besetzte Manuskripte werden nicht aufbewahrt. Sprechstunde der Redaktion 6 bis 8 Uhr nachmittags. Hauptgeschäftsführer: Dr. Josef Wiberl, Dresden.

# Sächsische Volkszeitung

Tageszeitung für christliche Politik und Kultur

Geschäftsstelle der Sächsischen Volkszeitung im Stadtbauamt, Dresden, Postfach 14707. • Unterhaltung und Wissen • Die Welt der Frau • Das neue Leben • Redaktion der Sächsischen Volkszeitung, Dresden, Postfach 14707, Telefon 33588.

## Der neue Reichstag und das Reichsschulgesetz

Heinrich Kretschmer, Chemnitz.  
Die Leser der „Sächsischen Volkszeitung“ werden sich noch lebhaft erinnern, wie ungemein starke Angriffe gegen das Zentrum und den Reichskanzler Dr. Marx, insbesondere von deutsch-nationaler Seite in der „Wartburg“ und der „Sächsischen Zeitung“ erhoben wurden, weil sie angeblich das Zustandekommen des Reichsschulgesetzes absichtlich verschleppten. Grund? „Damit das Einkünderndes des Zentrums nur nicht ins Wanken gerät,“ obwohl im Februar dieses Jahres, wo der Artikel erschien, ein Einkünderndes ja schon gar nicht mehr bestand. Auch „die stets sehr rühmig gewesene und vorzüglich geleitete katholische Schulorganisation für Sachsen“ habe sich entgegen den evangelischen Elternvereinen, die Protestkundgebungen veranstalteten, völlig still verhalten, vielleicht weil dort bekannt war, daß die maßgebenden Kreise des Reiches das Reichsschulgesetz längst preisgegeben hätten.“ Und entgegen diesem völligen Verlangen des Zentrums und der katholischen Schulorganisation warf sich für die verratenen Katholiken Sachsen der Deutschnationalen Katholikenausschuss mit großer Geistesinszenierung. Er verlangte in einer Entschließung von der Reichsregierung „sofortige stärkste Aktion.“ Dies ist umso eher möglich, als es sich in keiner Weise um eine mit Kosten verbundene Neugestaltung des Schulwesens, sondern lediglich um die gesetzliche Normierung des Schulwesens und der Förderung der Bekennerschulen handelt.“ Ich will mich mit den einzelnen Ungereimtheiten nicht befassen, empfehle aber den Verfassern, jetzt, wo die Wahlschöpfung etwas verrückt ist, Schulrat Rheinländer's Flugchrift: „Zentrum und Schulpolitik seit Weimar“ einmal in aller Ruhe zu studieren. Es ist noch immer so gewesen, daß bei vorhandenen Voreingenommenheiten nur genaueste Kenntnis der Streitfrage und der jeweiligen Umstände zu einer richtigen Wertung der Absichten und Taten eines Gegners führen können. Audiatur et altera pars! sagt der Jurist. Und ich halte es nachgerade für eine Pflicht, daß wir Katholiken uns zu verhalten suchen müssen, auch über Parteigrenzen hinweg, solange uns nun einmal solche noch trennen.

Um ihnen aber zu zeigen, daß eine gründliche Nachprüfung ihres damaligen Standpunktes sehr wohl angezeigt ist, verweise ich noch auf die Ausführungen des Abgeordneten H. Mumm in Nr. 2 des Deutschnationalen „Katholischen Korrespondenzblattes“, den Vorsitzenden des Bildungsausschusses des Reichstages, den die Redaktion dieses Blattes „als den geeignetsten Mann“ zu Ausführungen über das Reichsschulgesetz besonders gebeten hatte. Man möchte wohl geglaubt haben, daß er noch viel schwerere Geschöffe gegen das Zentrum zu liefern imstande sein würde. Ich meine, er wird beträchtlich enttäuscht haben. Gegen die Arbeit des Zentrums am Zustandekommen des Reichsschulgesetzes auf Grund des Art. 146, Abs. 2, nicht ein Wort, nicht eine Wendung des Vorwurfs! So berichtet er ganz sachlich: „Nach allem Vorangegangenen scheint die Aussicht geschwunden, daß Zentrum und Sozialdemokraten sich auf ein Schulgesetz verständigen.“ Oder, wenn er über das Kompromiß, welches das Zentrum mit der Deutschen Volkspartei und den Demokraten zu schaffen versuchte, berichtet: „Auch diese Verhandlungen sind daran gescheitert, daß über den Gesamtcharakter der Bekennerschulen eine Übereinstimmung nicht zu erzielen war“, d. h. nichts anderes, als daß eben rein sachliche Meinungsverschiedenheiten das Zustandekommen des Gesetzes verhinderten. Dann spricht er von dem Notgesetz, das wahrscheinlich die oben angelegene Entschließung im Auge hat. Preußen habe sich für diesen Weg eingesetzt. „Aber über die Abgrenzung eines solchen Notgesetzes ist es überaus schwer, ein Einverständnis zu erzielen; weder die katholischen noch die evangelischen (!) Schulorganisationen haben sich bisher für ein solches Notgesetz ins Zeug legen können... Alles hängt eben von dem Text eines solchen Notgesetzes und von der Möglichkeit, die dafür erforderliche Mehrheit zu gewinnen, ab.“ Und daß diese erforderliche Mehrheit das Zentrum eben auch nicht aus dem Boden stampfen konnte trotz seiner „kassierten diplomatischen“ gerade in dieser Frage, die ihm sonst alle Gegner vor allem auf der linken Seite nachrühmen, das ist sein ganzes Verdrehen. Nichts anderes sagt Mumm. Und ich meine: Mumm locuta, causa finita. Aber trotzdem, und nun erst recht, empfehle ich nochmals Rheinländer.

Nicht erwähnt Mumm, daß von deutsch-nationaler Seite auch für einen Volksentscheid Stimmung gemacht worden ist. Ich darf jetzt so viel sagen, daß auch diese Frage Ende Januar im Reichsausschuss der katholischen Schulorganisation im Beisein des Reichskanzlers und mehrerer Reichstagsabgeordneter ganz eingehend und allseitig beleuchtet worden ist. Aber auch dieser Weg erwies sich als schwierig, unsicher und nicht ungefährlich, aus technischen wie sachlichen Gründen. Diese hier näher zu erörtern, halte ich auch jetzt noch nicht für zweckdienlich. Wie ja überhaupt in der Politik der Weg stiller Verhandlungen und ruhigen Zurwartens oft sehr viel richtiger ist, als laute große Worte und stürmische Forderungen von raschen Taten. So ist's in der Außenpolitik, so ist's in der Schulpolitik. Hätte das Zentrum sich von den Vorwürfen und von dem Drängen von allen Seiten dazu bewegen lassen, um jeden Preis ein Reichsschulgesetz herauszubringen, dann hätte dies nur geschaden können unter Preisgabe entweder der Disparitäten der Sachverhalte, Ehrwürden, Braunschweig, indem es die Regelung gerade der schwierigsten Streitfragen den Ländern überließ, oder aber, indem es wichtige Sicherungen für die Bekennerschulen der Schule durch vernünftige Formulierungen preisgegeben und abendrein bei der Frage des „geordneten Schulbetriebs“ das Elternrecht auf Bekennerschulen jedenfalls zugunsten der Gemeinschaftsschulen wesentlich hätte einschränken lassen müssen.

Die katholische Schulorganisation stand mit dem Zentrum auf dem Standpunkte: Den neuen Reichstag abwarten! Die Reichstagswahlen sind vorbei und bald wird

## Herriot der kommende Mann

Poincaré bleibt vorläufig bis zum Zusammentritt der neuen Kammer am 2. Juni im Amte — Am 1. Juni Ueberreichung der Demission Poincarés — Painlevé, ein Führer des linken Blocks über die neue Ära der loyalen Zusammenarbeit.

### Der heutige Ministerrat

Paris, 13. Mai. (Drahtbericht.) Der heutige Ministerrat im Elysee unter dem Vorsitz von Millerand war gegen 1/2 Uhr beendet. Es wurde der Beschluß gefaßt, daß Poincaré bis zum Zusammentritt der neuen Kammer am 2. Juni in seinem Amte verbleibt, daß aber auf die Zusammenkunft mit Macdonald in Cheureuil verzichtet wird. Am 1. Juni wird Poincaré dem Präsidenten Millerand seine Demission überreichen.  
Die offizielle Pariser Presse teilt mit, daß Poincaré sich im Verlaufe der nächsten drei Wochen nur mit der Erledigung der laufenden Geschäfte befassen und von jeder Innen- oder Außenpolitik absehen werde. Ramentisch wird Poincaré, wie der „Matin“ scheinbar offiziös meldet, seinen auf den 19. Mai angelegten Besuch in Cheureuil bei Ramsay MacDonald fallen lassen. Die mit dem heutigen Tage eröffnete Regierungskrise wird am 1. Juni ihren Ausgang nehmen, und zwar wird die neue Kammer an diesem Tage, der ein Sonntag ist, nur zu einer kurzen formalen Sitzung zusammentreten und sich dann auf den 3. Juni vertagen.

Weitere Angaben der Morgenblätter lassen keinen Zweifel darüber bestehen, daß Herriot der Führer der radikalen Sozialisten von Millerand mit der Reorganisation des Kabinetts beauftragt werden wird. Der „Matin“ empfiehlt ihm, die nächsten drei Wochen, die ihm bis zum Amtsantritt verbleiben, der sorgfältigen Prüfung des Reparations- und Sicherungsproblems zu widmen.

London, 13. Mai. Auch in englischen Kreisen ist man der Auffassung, daß angesichts des Ausfalles der französischen Wahlen und der damit für die französische Regierung heraufbeschworenen Krise die auf den kommenden Montag anberaumte Zusammenkunft zwischen Poincaré und Ramsay MacDonald zunächst aufgeschoben wird. Eine Besprechung der beiden Ministerpräsidenten würde indessen nur dann erfolgen können, wenn in Frankreich demnächst eine neue Regierung ausbricht. Es würde dann eine Besprechung mit dem neuen französischen Ministerpräsidenten in Frage kommen. Diese müßte jedoch erst Zeit haben, die Situation zu prüfen.

### Der neue Kurs

Paris, 13. Mai. Der „Excelsior“ veröffentlicht eine Unterredung mit Painlevé, einem der Führer des Linkenblocks, über die künftige Politik Frankreichs. Er sagte, es komme darauf an, die Vorschläge der Sachverständigen weniger dem Buchstaben als dem Geiste nach zu erfüllen. Man müsse eine neue Ära der loyalen Zusammenarbeit der Völker vorbereiten, da dann die moralischen Folgen des Krieges ausgeglichen würden. Eine solche Politik dürfe natürlich nicht einseitig sein. Sie würde eine Unklugheit bedeuten, wenn sie auf dem bösen Willen des anderen fuße und man den Versuch mache, die glücklichen Bestrebungen Frankreichs auszuheulen. Die Wiedertätigkeiten hätten 1918 das Menschheitsgefühl des französischen Volkes als eine Unterlegenheit des französischen Nachbarns gezeugt. Der unbesiegbare Widerstand, den Frankreich ihnen aber entgegengekehrt habe, habe jedoch deutlich ihren Irrtum be-

wiesen. Painlevé fuhr dann fort: Deutschland muß heute wissen, daß ein solcher Irrtum von den greulichsten Folgen begleitet wäre. Es kann in Zukunft für Europa und die ganze Welt nur dann Frieden geben, wenn der Bereitwilligkeit des französischen Volkes jenseits des Rheins ein guter Wille loyalen und konsequenter Erzielung gegenübersteht. Painlevé erklärte weiter, man dürfe die deutschen Nationalisten nicht mit den Ultra-Nationalisten verwechseln. Die völkische Partei werde auch für die deutsche Politik nicht ausschlaggebend sein, da sie sich aus einer Rinderheit zusammensetze. Auf die Frage, was Painlevé von den Kundgebungen in Halle halte, antwortete er: Das Echo solcher Kundgebungen könne unangenehm in den Ohren derjenigen, die von gutem Willen besetzt und vor Erregung kriegerischer Leidenschaft zurückbleiben. Es handelt sich hier um das vorübergehende System eines Geisteszustandes, der sorgfältig überwacht werden muß. Wir müssen uns aber vor Verallgemeinerungen hüten, da es nach meiner Auffassung ein politischer und psychologischer Fehler ist, wenn man behaupten wolle, daß, weil es in Deutschland einige Woches gibt, alle Deutschen Woches seien und daß ein demokratisches Empfinden in Deutschland nicht bestehe. Dieses Empfinden muß vielmehr bei den Demokraten, die den Versuch machen, ihr Land vor gefährlichen Neuwahlgefahren zu bewahren, gefördert werden.

Sichtlich des Sachverständigenplanes bemerkte Painlevé, daß die Nation, die diese Möglichkeit zu einer gerechten Regelung der schwebenden Probleme, insbesondere des Reparationsproblems, ablehnen würde, in den Augen der öffentlichen Meinung der Welt die größte Verantwortung auf sich laden würde. Wir wollen nicht, daß Frankreich diese Nation sei. Selbstverständlich verstehen wir uns nicht die Schwierigkeiten, mit denen die Ausführung des Sachverständigenplans für unsere Sicherheit verknüpft wird. Aber keine dieser Schwierigkeiten ist unüberwindbar, wenn sie mit der festen Absicht, eine Lösung zu ermöglichen, in Angriff genommen wird. Frankreich hat aus den Erfahrungen der Vergangenheit eine begründete Sorge um die Zukunft geschöpft. Es will nichtsdestoweniger, daß sein guter Wille der ganzen Welt deutlich vor Augen geführt wird. Wenn Deutschland zu seinem Anstand die Möglichkeit zu einem gerechten und wahrhaften Frieden, wie der Sachverständigenplan ihn bedeutet, zurückweisen würde, dann müßte es allerdings seinem Schicksal überlassen werden. In diesem Falle, so bemerkte Painlevé zum Schluß, würde Frankreich mit der Zustimmung sämtlicher Völker das Gerechtigkeitsgefühl der gesamten Menschheit zum Siege verhehlen.

### Die innerpolitischen Forderungen der Neuwählten

Paris, 13. Mai. Die neugewählten sozialistischen Abgeordneten haben gestern Abend den Präsidenten der Kammer schriftlich davon in Kenntnis gesetzt, daß sie beim Wiederzusammentritt der Kammer eine Resolution im Sinne einer uneingeschränkten und vollständigen Amnestie zugunsten der politisch verurteilten und von Kriegsverurteilten verurteilten Soldaten einbringen werden. Gleichgültig werden sie die Wiederentstellung sämtlicher Eisenbahner und Beamten fordern, die wegen Streikvergehen oder aus einem anderen politischen Grunde entlassen wurden.

der neue Reichstag seine Tätigkeit aufnehmen. Wird es das Reichsschulgesetz in unserem Sinne erledigen können? Nach den bisherigen Feststellungen der Stärke der Parteien, woran sich nicht mehr viel ändern wird, lassen sich immerhin gewisse Aussichten feststellen, immer natürlich vorausgesetzt, daß die Parteien selbst die bisherige geschlossene Haltung nicht ändern.

Die Hauptarbeit vollzieht sich im Bildungsausschuss mit seinen 28 Mitgliedern. Da bisher das Verhältnis der Freunde und Gegner der Bekennerschule wie 14 : 14 stand, so konnten alle Anträge mit den Stimmen der Beizparteien abgelehnt werden. Denn Stimmengleichheit gilt als Ablehnung. Grundfähliche Gegner der Bekennerschule sind die Kommunisten, Sozialdemokraten und Kommunisten. Alle drei Parteien fördern programmatisch die Volksschule. Es bereut es jetzt aufs Stärkste, daß sie sich in den Juni-Tagen 1919 in Weimar vom Zentrum das Kompromiß (Artikel 146, Abs. 2 der Reichsverfassung) haben abringen lassen, womit sie tatsächlich die Idealgeopfert, während das Zentrum, das diesen Parteien gegenüber in starker Rinderheit war, das keine in der Verfassung mit einigen Einigungen verankehren konnte. Tatsächlich war es die Taktik der Sozialdemokraten, wie sich der Sozialdemokrat Dr. Löwentzen in einer Rede in Chemnitz ausdrückte, „durch allerlei Anträge die Demokraten über die Tragweite ihres neuerlichen Kompromißwillens aufzuklären und die Verhandlungen mit vielen Anträgen in die Länge zu ziehen, um Zeit zu gewinnen.“ Beides ist ihnen gelungen. Die Zeit aber wollten sie ausnützen zur Propaganda für die völkische Volksschule. Doch damit dürften sie bisher nicht viel weiter gekommen sein. Sie würden, um ihr Ideal durchsetzen zu können, eine Zweidrittel-Mehrheit aufbringen müssen. Und die hat ihnen der Reichstag nicht gebracht. Im Gegenteil, ihre Stimmenzahl hat sich verhältnismäßig und absolut vermindert. Sie ist von 226 im alten auf 190 im neuen Reichstag zurückgegangen.

Zu den Freunden der Bekennerschule darf man nach den bisherigen Erfahrungen rechnen: das Zentrum, die Bayerische Volkspartei, die Deutschnationalen und die Deutsche Volkspartei,

wozu noch der Bayerische Bauernbund, die Deutschhannoveraner und Nationalliberalen kommen werden mit zusammen 245 gegen früher (einschließlich der 3 Deutschvölkischen) 217 Abgeordneten. Rechnet man noch die 32 Deutschvölkischen hinzu, deren Haltung man allerdings erst wird abwarten müssen, dann ergibt sich im günstigsten Falle im Wien a ein Verhältnis von 281 zu 190 für die Bekennerschule, im ungünstigsten Falle etwa 245 : 190. Das besagt aber, daß sich auch für den Bildungsausschuss eine Mehrheit für die Bekennerschule ergeben wird, die im ungünstigsten Falle, wenn ich nur mit vier zuerst genannten großen bürgerlichen Parteien rechne, ein Verhältnis 15 : 13 ergeben würde.

So darf man also hoffen, natürlich immer wieder unter der Voraussetzung, daß die Parteien ihre bisherige geschlossene Haltung nicht aufgeben oder abschwächen, daß der neue Reichstag bei seiner Zusammensetzung sehr wohl imstande ist, ein günstiges Reichsschulgesetz in kürzester Zeit herauszubringen. Eine gesicherte Mehrheit ist vorhanden, die Vorarbeiten des alten Reichstages werden dem neuen dabei sehr zufließen können. So wird er mit geringeren Mühen bei gutem Einverständnis der bürgerlichen Parteien und richtigem Verständnis der Bekennnisse für ihre besonderen Verhältnisse und Bedürfnisse bald zustande bringen, was der alte Reichstag trotz bester Bemühens und Abtastens aller Möglichkeiten nicht fertigbringen konnte; denn nicht so leicht läßt sich ein zweites Mal eine Mehrheit von einer Rinderheit im parlamentarischen System den Willen aufbringen, wie es in Weimar das Zentrum fertig gebracht hat. Was das katholische Volk, besonders wir hier in Sachsen, Männern wie Marx und Rheinländer an Dank schulden, werden erst spätere Zeiten ganz zu würdigen wissen, wenn der Parteilhaber unserer Notzeit in geschichtlicher Ferne liegt, auch wenn sie uns das Reichsschulgesetz mit dem alten Reichstage nicht schaffen konnten. Nebenfalls haben sie getan, was unter den gegebenen Umständen menschenmöglich war. Und mehr verlangt selbst der Herrgott von keinem Menschen, ich meine, selbst auch nicht von Zentrumsabgeordneten.